

**Stiftung Zentrum
für Türkeistudien und
Integrationsforschung**

Türkiye ve Uyum
Araştırmaları
Merkezi Vakfı

Institut an der
Universität Duisburg-Essen

Die Wahlbeteiligung von Bürgerinnen und Bürgern mit familiärer Migrationsgeschichte. Möglichkeiten und Grenzen der Förderung

Expertise im Rahmen des Projekts „Wissenschaftstransfer zur Unterstützung der Wahlbeteiligung Deutscher mit türkischer Einwanderungsgeschichte“

Achim Goerres
Sabrina J. Mayer
Jonas Elis

Essen, September 2022

Gefördert durch:



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Executive Summary	5
Warum das Thema Wahlbeteiligung von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte wichtig ist	6
Warum es Nicht-Wähler*innen gibt und warum Menschen mit Einwanderungsgeschichte häufiger Nicht-Wähler*innen sind	7
Möglichkeiten und Grenzen für die Erhöhung der Wahlbeteiligung bei Menschen mit Migrationsgeschichte	11
Potenziale für zukünftige Forschung	16
Literaturverzeichnis	19
Autor*innen	23

Vorwort

Demokratie lebt vom politischen Bewusstsein und politischen Handeln aller Bürgerinnen und Bürger. Dabei ist die politische Partizipation ein fundamentaler Bestandteil demokratischer Prozesse und dient der Legitimation politischer Herrschaft. Bürgerinnen und Bürger, die am politischen System aktiv mitwirken und es mitgestalten, kontrollieren und beeinflussen Entscheidungsprozesse und stärken ihre Akzeptanz. 13 Prozent der Wahlberechtigten in Deutschland sind eingebürgerte Menschen aus Einwandererfamilien. Für diese Bürgerinnen und Bürger gilt zusätzlich, dass ihre politische Beteiligung einhergeht mit einer hohen Identifikation mit Deutschland und mit unserer Demokratie. Ihre Beteiligung bedeutet auch, dass sie sich als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger und damit als Teil dieses Landes fühlen.

Erfreulich ist, dass laut Gutachten des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Migration und Integration aus dem Jahr 2020 Einwanderinnen und Einwanderer insbesondere der zweiten Generation in wachsendem Maße in Politik und Gesellschaft aktiv und sichtbar sind. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung bringen sie sich jedoch in geringerem Maße politisch und bürgerschaftlich ein. Laut Auffassung des Sachverständigenrats ist eine Mobilisierung dieser Menschen jedoch grundsätzlich möglich.

Auftrag politischer Bildung ist es, allen Menschen den Zugang zum politischen System zu ermöglichen und damit ihre politische Einflussnahme zu stärken. Mit dem ersten Demokratiebericht zur Lage politischer Bildung in Nordrhein-Westfalen aus dem Jahre 2021 liegen der Landesregierung umfassende Informationen zur politischen und demokratischen Lebenswelt der nordrhein-westfälischen Bevölkerung vor. Fundierte Erkenntnisse zur Wahlbeteiligung von Eingebürgerten liefert nunmehr die vorliegende Expertise aus dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen. Sie beinhaltet konkrete Ansatzpunkte zur Verbesserung politischer Teilhabe von Menschen aus Einwandererfamilien und zur konkreten Steigerung ihrer Wahlbeteiligung. Gefordert werden u.a. eine gezielte Strategie zur Wahlmotivation wie z.B. die Erstellung von Materialien in unterschiedlichen Sprachen und Projekte zur Herausbildung von Wahl-Gewohnheiten bei Erstwählerinnen und Erstwählern.

Die Landeszentrale wird die Empfehlungen diskutieren und in ihr Aufgabenspektrum für das Jahr 2023 aufnehmen.

Die Expertise ist Teil des Projekts „Wissenschaftstransfer zur Unterstützung der Wahlbeteiligung von Bürgerinnen und Bürgern mit türkischer Einwanderungsgeschichte und zur Sensibilisierung von Parteien, Mandatsträger*innen und Kandidat*innen bei der politischen Kommunikation in Nordrhein-Westfalen“, welches von uns gefördert wird. Ziel des Projektes ist es, Erkenntnisse zur stärkeren Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern aus Einwandererfamilien zusammenzutragen und der Landesregierung sowie den politischen Akteuren zur Verfügung zu stellen. Das Projekt widmet sich ganz konkret der großen Gruppe der türkeistämmigen Eingewanderten in Nordrhein-Westfalen. Es ist geprägt von der Erkenntnis, dass die Teilnahme an Wahlen nicht zuletzt von den Angeboten und der Kommunikation der deutschen Parteien, den Mandatsträgern und Kandidaten abhängt.

Von nun an soll der Transfer der vorliegenden Forschungsbefunde an politische Akteure in Nordrhein-Westfalen erfolgen, um diese Akteure für die Bedarfe der Zielgruppe zu sensibilisieren und Möglichkeiten der Ansprache auf Basis der Forschungsergebnisse gemeinsam zu erörtern.

Ich freue mich auf die Ergebnisse des laufenden Projektes und wünsche den Projektbeteiligten erkenntnisreiche Diskussionen.



Guido Hitze

Dr. Guido Hitze
Leiter der Landeszentrale für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen

Executive Summary

Die Bundestagswahl 2021 brachte einen neuen Rekordwert: 13 Prozent der Wahlberechtigten waren Eingewanderte mit deutscher Staatsangehörigkeit und ihre Kinder; 2017 waren es noch 10 Prozent gewesen. Ungeachtet der starken Wachstumsraten liegt bei dieser Gruppe die Wahlbeteiligung erheblich niedriger als bei der Mehrheitsbevölkerung. Dieser Unterschied ist problematisch, da er die demokratische Repräsentation der Interessen dieser geringeren Gruppe erschwert und ihre gefühlte politische Zugehörigkeit gefährden kann.

Die Gründe, warum sich Menschen mit Migrationsgeschichte seltener an Wahlen beteiligen, sind vielfältig und können sowohl im Bereich der fehlenden Ressourcen, in fehlendem Wissen und in fehlenden politischen Bindungen als auch in der fehlenden Mobilisierung verortet werden. Ihre heterogenen Lebensrealitäten, die teilweise seltener von Parteien angesprochen werden, verstärken die Beteiligungsdifferenz zusätzlich.

In der politischen Diskussion gibt es viele unterschiedliche Ideen, wie man diese Gruppe erreichen und in höherem Maß in den politischen Prozess einbinden kann. Die wenigsten dieser Vorschläge basieren jedoch auf systematischen Untersuchungen, da die Datenlage vielfach schlecht ist. Zudem sind manche Einflussfaktoren nur schwer änderbar, wie beispielsweise das Ausmaß der formalen Bildung oder die Höhe der Einbürgerungsquoten. In unserer Expertise zeigen wir die Möglichkeiten und Grenzen von oft diskutierten Ideen auf, identifizieren weitere Potenziale für zukünftige Forschungsarbeiten und weisen auf Möglichkeiten hin, bereits jetzt pragmatische Maßnahmen zu ergreifen.

Bestimmte Faktoren, deren Wirksamkeit in der öffentlichen Diskussion immer als gegeben angenommen wird, haben keinen nachweisbaren Einfluss: So erhöhen Kandidat*innen für die zu wählenden Parlamente aus den gleichen Herkunftsgruppen nicht die Wahlbeteiligung. Auch der direkte Einfluss von nichtparteilichen Organisationen, wie religiöse oder Sportvereine, in denen relativ viele Eingewanderte und ihre direkten Nachkommen organisiert sind, ist für die Wahlbeteiligung nur von nachrangiger Bedeutung. Sinnvoller ist es, Erstwähler*innen (gleichsam

Jungwähler*innen und kürzlich eingebürgerte, ältere Wähler*innen) mit gezielten Strategien zur Wahl zu motivieren, um die Herausbildung von Wahl-Gewohnheiten zu fördern. Da die Mobilisierungsanreize im Elternhaus bei Personen mit Migrationsgeschichte in der Tendenz geringer sind als bei Personen ohne, hat die Politische Bildung in den weiterführenden Schulen die wichtige Funktion, diesen Ungleichheiten bestmöglich zu begegnen.

Ansatzpunkte für weitere Maßnahmen und Forschungsarbeiten bestehen im systematischen Ausloten der Potentiale der persönlichen Ansprache über mehrsprachige Kontaktmaterialien, der Vereinfachung der Briefwahl, die seltener von Menschen mit Migrationsgeschichte in Anspruch genommen wird, sowie der Nutzung von Layoutmöglichkeiten zur Unterscheidung der Wahlunterlagen von anderen Behördenunterlagen und der besseren Registrierung.

Warum das Thema Wahlbeteiligung von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte wichtig ist¹

In westeuropäischen Demokratien, so auch in Deutschland, haben mehr und mehr Bürger*innen einen familiären Migrationshintergrund, das heißt sie sind selbst eingewandert oder sind Nachkommen von Eingewanderten. Bei der letzten Bundestagswahl waren dabei in Deutschland sowohl die Zahl als auch der Anteil dieser Personen an der Gesamtgruppe der Wahlberechtigten so hoch wie noch nie. Eingewanderte und ihre Kinder machten bei der Wahl 2021 mit 7,9 Millionen etwa 13 Prozent aller Wahlberechtigten aus (Statistisches Bundesamt, Destatis 01.10.2021). Obwohl der Anteil und damit die Bedeutung der Gruppe stetig steigt, zeigt sich in fast allen Ländern eine *immigrant participation gap*, d.h. die Wahlbeteiligung in dieser Gruppe liegt – zum Teil deutlich – niedriger als bei der Mehrheitsbevölkerung.

Ein neuer Höchststand: 13 Prozent der Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2021 waren Eingewanderte oder ihre direkten Nachkommen.

Trotz starker Wachstumsraten liegt bei dieser Gruppe die Wahlbeteiligung niedriger als bei der Mehrheitsbevölkerung.

Solch eine Beteiligungslücke zwischen Wähler*innen mit und ohne Migrationshintergrund ist bedenklich, da diese ungleiche Beteiligung sich auf Dauer selbst verstärken kann: Eine geringere Wahlbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund kann dazu führen, dass Regierungen und Gesetzgeber weniger Anreize ausgesetzt sind, die Anliegen dieser Menschen zu berücksichtigen. Die unzureichende Repräsentanz über Wahlen kann die Legitimität der Ergebnisse demokratischer Verfahren beeinflussen und könnte auf Dauer den gesellschaftlichen Zusam-

menhalt vor allem in Krisensituationen gefährden (Gallego 2010; Schäfer et al. 2016).

Erkennbar ist dieser Unterschied in Wahlbeteiligungsquoten nicht nur bei Bundestagswahlen. Er zeigte sich für Türkeistämmige und Russlanddeutsche zuletzt auch bei der Landtagswahl 2017 in NRW. Während bisher bestehende Muster von Parteipräferenzen in diesen Gruppen abnehmen, haben Beteiligungslücken von etwa 15 bis 20 Prozentpunkten über Zeit und Generationen hinweg Bestand (Wüst 2004; Mayer et al. 2021).

Als Erstes geben wir einen Überblick über die allgemeinen Befunde zur Wahlbeteiligung und über spezifische Erklärungen, die die höhere Wahrscheinlichkeit der Nicht-Wahl unter Bürger*innen mit Migrationsgeschichte in den Fokus nehmen. Danach beschreiben wir gesicherte Befunde für Faktoren, die politische Akteure gezielt nutzen können, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen sowie Faktoren, die häufig als wirksam angesehen werden, aber keine wissenschaftliche Fundierung haben. Wir schließen mit weiteren Ansatzpunkten, zu denen wir aufgrund unserer Expertise erwarten würden, dass noch weiteres Erhöhungspotenzial vorhanden ist, für die aber noch keine gesicherten Forschungserkenntnisse vorliegen.

Warum es Nicht-Wähler*innen gibt und warum Menschen mit Einwanderungsgeschichte häufiger Nicht-Wähler*innen sind

Für eine Analyse der Gründe, warum besonders Personen mit Migrationsgeschichte seltener zur Wahl gehen, und der Stellschrauben, diesen Umstand in absehbarer Zukunft zu verbessern, ist es notwendig, grundsätzliche theoretische Zusammenhänge der Wahlteilnahme zu verstehen. Das Thema individuelle Wahlbeteiligung ist umfangreich erforscht: In einer Übersichtsstudie identifizieren Smets und van Ham (2013) mehr als 170 verschiedene erklärende Variablen in den Top-Veröffentlichungen der Jahre 2000-2010. Für einen besseren Überblick ist es daher notwendig, die möglichen Erklärungsfaktoren in einem größeren theoretischen Rahmen zu verorten. Dafür greifen wir auf die Arbeiten von Brady et al. (1995) zurück, die die bisherigen Ansätze, warum sich Bürger*innen nicht politisch beteiligen, im *Civic Voluntarism Model* in einer dreigeteilten Klassifikation verorten: Bürger*innen beteiligen sich nicht „because they can't; because they don't want to; or because nobody asked.“²

Der erste Strang bezieht sich dabei auf das Ressourcenmodell, das eine Erweiterung des sozioökonomischen Modells darstellt (Verba und Nie 1972). Es besagt, dass die individuelle Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen über die grundlegende Fähigkeit der Bürger*innen zur politischen Teilhabe entscheidet (Schlozman et al. 1994). Diese Ressourcen steigern das politische Interesse und Wissen eines Individuums und erhöhen so die Partizipationsbereitschaft. Zentrale Faktoren sind hierbei das **Einkommen** und der **Bildungsstand**, da sie die verfügbare Zeit wie auch die kognitive Kapazität für eine mögliche Beteiligung positiv beeinflussen (Brady et al. 1995). Auch das **Lebensalter** hängt positiv mit der politischen Partizipation zusammen, da angenommen wird, dass politisch relevante Fähigkeiten und Wissensstände

mit steigendem Lebensalter zunehmen (Goerres 2007). Zusätzlich sind auch die sogenannten „**Civic Skills**“ wichtig, kommunikative und organisatorische Fähigkeiten, die durch die aktive Teilnahme in staatlichen (z.B. in der Schule als Klassensprecher*in) oder anderen Organisationen (z.B. im Arbeitskontext als Teil des Betriebsrats) erworben werden (Brady et al. 1995). Das **politische Wissen** ist diesen Ressourcen etwas nachgelagert und dient als Mediator zwischen Ressourcen, insbesondere formaler Bildung, und Wahlbeteiligung (Burden 2009): Mit steigendem Lebensalter, Einkommen und Bildung, aber auch zunehmenden „Civic Skills“, sinken daher die Informationskosten und es steigen das politische Wissen und somit die Partizipationswahrscheinlichkeit (Verba et al. 1995). In der *Immigrant German Election Study II (IMGES II)* von 2021 konnten wir beobachten, dass politisches Wissen bei Menschen ohne Migrationshintergrund im Schnitt vor und nach der Wahl **stärker ausgeprägt war als in anderen Herkunftsgruppen** (Goerres et al. 2022). Ebenso stieg es aber unter allen Gruppen im Zeitverlauf ähnlich stark an.³ Studien aus den USA konnten zeigen, dass die Ressourcenausstattung die politische Involvierung von Eingewanderten positiv beeinflusst (DeSipio 1996; Leighley und Nagler 1992; Verba et al. 1995; Verba und Nie 1972). Auch in europäischen Demokratien konnte die Bedeutung der Ressourcenausstattung für die Beteiligung auf verschiedenen Ebenen nachgewiesen werden (Blohm und Diehl 2001; Bevelander 2015; Wüst 2004; Heath et al. 2013).

Neben den Ressourcen, die für alle Bürger*innen relevant sind, finden wir weitere Ressourcen, die für Eingewanderte und ihre Nachkommen spezifisch sind. In der Vergangenheit wurden vor allem die Kenntnisse in der Sprache des Aufnahmelandes und die Länge des Aufenthalts berücksichtigt. Mit steigenden **Sprachkenntnissen** steigt die politische Partizipationsbereitschaft, da Sprachkenntnisse wichtig sind, um Informationen über das politische System und seine Akteure finden und verstehen zu können. 2017 hatten etwa 1,5 Prozent der wahlberechtigten türkeistämmigen Deutschen und etwa 4 Prozent der Russlanddeutschen nach Interviewereinschätzung schlechte deutsche Sprachkennt-

¹ Wir danken Dirk Halm und Josra Riecke für Feedback zu früheren Versionen. Prof. Dr. Dennis Spies von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf war unser Mitstreiter in der Erarbeitung vieler der hier berichteten Forschungsergebnisse. Er verstarb am 19. Juni 2021 im Alter von 40 Jahren; ihm gilt unser tiefster Dank. Für diese Expertise brachten wichtige Befunde die Immigrant German Election Study I (2017-20) zur Bundestagswahl 2017 in ganz Deutschland für Türkeistämmige und Russlanddeutsche und die Immigrant German Election Study II (2021-24) für den Bundestagswahlkampf in Duisburg unter Türkeistämmigen, Russlanddeutschen, Deutschen mit einem anderen Migrationshintergrund und Deutschen ohne Migrationshintergrund (für eine grundsätzliche Beschreibung der Studien siehe Goerres et al. 2018; Goerres et al. 2022).

² Diese Dreiteilung ist vor allem analytisch, da einige Faktoren, wie beispielsweise die Gewerkschaftsmitgliedschaft, sowohl dem Ressourcen- als auch dem Mobilisierungsmodell zugerechnet werden können; siehe auch Smets und van Ham (2013).

³ So wurde beispielsweise nach der Parteizugehörigkeit von Politiker*innen (Alice Weidel, Dietmar Bartsch, Christian Lindner) gefragt sowie nach dem Wahlmodus des/der Bundeskanzler*in.

nisse. Auch im Vereinigten Königreich und den USA lässt sich ein positiver Zusammenhang zwischen besseren Sprachkenntnissen und politischer Partizipation bei Eingewanderten nachweisen (Cho 1999; Heath et al. 2013). Darüber hinaus trägt die **Länge des Aufenthalts im Aufnahmeland** genau wie Alter und Bildung als wichtige Ressource zur politischen Partizipation bei. Analog zum Zusammenhang mit dem Lebensalter wird auch bei der Länge des Aufenthalts im Aufnahmeland angenommen, dass mit steigender Aufenthaltsdauer das politisch relevante Wissen zunimmt (Just und Anderson 2013; Heath et al. 2013; Leal et al. 2008; Shaw et al. 2000).

Neben den Ressourcen gibt es weitere Erklärungsfaktoren. Ein zweiter Strang von Erklärungen umfasst psychologische Gründe, warum sich Bürger*innen nicht beteiligen *wollen*. Hierunter können zum einen Kosten-Nutzen-Abwägungen verortet werden, denen zufolge Bürger*innen nicht an Wahlen teilnehmen, weil aus rationalen Überlegungen die Kosten des Wahlvorganges für sie den Nutzen übersteigen. Möglich ist beispielsweise, dass die Kosten (sowohl finanzieller als auch immaterieller Art wie beispielsweise die eingesetzte Zeit) übermäßig hoch wahrgenommen werden: An möglichen Kosten fallen beispielsweise wahl-spezifische Kosten (z.B. eine Registrierung vor der Wahl oder Beantragung von Briefwahlunterlagen), Informations- und Entscheidungskosten (z.B. das Sammeln von Informationen und deren Verarbeitung) sowie die Kosten des Wahlakts selbst an (man muss die Briefwahlunterlagen ausfüllen und abgeben oder persönlich ins Wahllokal gehen).

Die Wahrnehmung dieser Kosten kann sich nach der erstmaligen Wahlbeteiligung und anschließend mit der Zeit ändern und die Beteiligung an Wahlprozessen wird geübt. Die Teilnahme an einer Wahl hat eine Voraussagekraft darüber, ob Menschen sich an folgenden Wahlen beteiligen (Gerber et al. 2003; Dinas 2012) und diese Beteiligung durch **Habituation** zu einer Gewohnheit werden lassen, die mit sinkenden Kosten einhergeht. Der Nutzen aus der Wahlbeteiligung ist die Abwägung, ob sich für die Bürger*innen mit einem Regierungswechsel etwas zum Positiven ändert, also ob beispielsweise mehr finanzielle Zahlungen zu erwarten sind oder andere Präferenzen erfüllt werden. Zudem fällt noch das **Wahlpflichtgefühl ins Gewicht**, das dazu

führen kann, dass Bürger*innen auch dann wählen gehen, wenn die Kosten den Nutzen übersteigen, weil sie es für eine Bürgerpflicht halten, regelmäßig an Wahlen teilzunehmen (Blais und Achen 2018). Das Wahlpflichtgefühl hängt wiederum positiv mit der formalen Bildung zusammen und wird durch eine regelmäßige Teilnahme an Wahlen verstärkt (Johann et al. 2020). Zuletzt fallen unter die psychologischen Gründe politische Einstellungen und Überzeugungen (z.B. Campbell et al. 1960): Wenn Bürger*innen das Gefühl haben, dass sie in der Lage sind, das politische System zu verstehen und dieses auf ihre Bedürfnisse eingeht (**interne und externe politische Wirksamkeit**) oder eine Partei haben, der sie nahestehen und die sie unterstützen (**Parteibindung**), dann werden sie sich eher an Wahlen beteiligen (Bolzendahl und Coffé 2010). Bisherige Studien zum Einfluss von politischen Einstellungen und Überzeugungen bei Personen mit Migrationshintergrund zeigen, dass beispielsweise das Gefühl der politischen Wirksamkeit, das Wahlpflichtgefühl und die Bindungen an Parteien geringer ausgeprägt sind als bei der Mehrheitsbevölkerung (Blohm und Diehl 2001; Sanders et al. 2014; Wüst 2004). Diese Unterschiede können in unseren eigenen Untersuchungen dann teilweise die unterschiedlichen Wahlbeteiligungsraten erklären (Spies et al. 2020).

Auch für diesen Strang an Erklärungen gibt es neben Faktoren, die für alle Bürger*innen relevant sind, weitere Faktoren, die vor allem für Menschen mit Migrationsgeschichte von Bedeutung sind. Einer der wichtigsten ist die **subjektiv wahrgenommene Diskriminierung** im Aufnahmeland. Unter Diskriminierung verstehen wir eine Unterscheidung auf Basis von Urteilen oder Handlungen zum Vor- oder häufiger zum Nachteil einer Person oder von Gruppen, die auf Eigenschaften wie Geschlecht, Sexualität, Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Behinderung zurückgeführt wird (Blank et al. 2004). Allerdings sind hier die bisherigen Ergebnisse bezüglich möglicher Effekte auf die Wahlbeteiligung widersprüchlich. Hinsichtlich der Konsequenzen von Diskriminierung weisen manche Studien nach, dass Diskriminierung bei Eingewanderten und Minderheiten zu geringerem Vertrauen in andere Personen und in politische Institutionen führt (Brehm und Rahn 1997; Simon et al. 2013). Diese Ergebnisse stützen die These, dass Diskriminierung dazu führt, dass Bürger*innen wenig Interesse und Bereit-

schaft haben, ihre begrenzte Zeit und Ressourcen für die politische Partizipation einzusetzen. Andere Studien zeigen jedoch, dass Diskriminierung die politische Partizipation fördern kann, indem sie Gefühle der gemeinsamen Identität, eines gemeinsamen Schicksals (*linked fate*) hervorruft oder verstärkt, was wiederum Personen mobilisiert, sich für diese Gruppe politisch einzusetzen (Sanchez 2006; Stokes 2003; Verba et al. 1978). Unsere eigenen Untersuchungen geben jedoch Anhaltspunkte für einen geringen Einfluss dieses Erklärungsfaktors (Mayer et al. 2021), da der Einfluss der Diskriminierung im Wesentlichen über andere Variablen, wie beispielsweise die Zufriedenheit mit dem politischen System und das Empfinden der eigenen politischen Einflussmöglichkeit, wirkt und somit keinen eigenständigen unmittelbaren Effekt hat.

Schlussendlich gibt es noch einen dritten Strang an Erklärungen, die sich auf die Idee „keiner hat gefragt“ beziehen. Das sogenannte Mobilisierungsmodell (Rosenstone und Hansen 1993) besagt, dass vor allem politische Gespräche mit Partner*innen, Freund*innen, Bekannten und Kolleg*innen oder die direkte Ansprache im Wahlkampf mobilisierende Wirkung entfalten: Das gilt unter anderem, je enger und persönlicher die Bindung zum Gegenüber ist (Stoker und Jennings 1995). Dabei haben das Vorhandensein einer **festen Partner*in** oder auch eine hohe **Frequenz an politischen Gesprächen** mit Freund*innen einen positiven Einfluss auf die Wahlteilnahme, da man über den Austausch mit diesen Kontakten fortlaufend daran erinnert wird, dass eine Wahl stattfindet, durch den Austausch das politische Wissen steigt und man durch die Aktivierung sozialer Normen zur eigenständigen Teilnahme motiviert wird (Gerber und Rogers 2009). Die **Teilnahme an religiösen Zusammenkünften** ist vor allem ein Indikator für die mobilisierende Wirkung von organisierter Religion. Je öfter man teilnimmt, desto häufiger ist man mobilisierenden Botschaften im Gottesdienst und bei anderen Veranstaltungen ausgesetzt und desto häufiger beteiligt man sich an Wahlen (Solt 2008; Claassen und Povtak 2010). Bei Bürger*innen mit Migrationshintergrund wurde für das Vereinigte Königreich gezeigt, dass die Teilnahme an religiösen Zusammenkünften einen positiven Zusammenhang mit der Wahlteilnahme aufweist (z.B. Bevelander 2015). Ähnliches gilt auch für das Vorhandensein einer Partnerschaft (González-Ferrer 2011).

Das mobilisierende Potential von ethnischen Organisationen wird zusätzlich häufig zur Analyse der politischen Partizipation von Immigrant*innen betrachtet (z. B. Jacobs und Tillie 2004). Untersuchungen zum Einfluss ethnischer Netzwerke aus verschiedenen Ländern zeigen uneinheitliche Ergebnisse (Berger et al. 2004; Vermeulen und Berger 2008). Es scheint, als ob vor allem *Bridging Capital*, also die Mitgliedschaft in Organisationen mit Mitgliedern der Mehrheitsbevölkerung, einen positiven Einfluss auf die Partizipation hat, da es Netzwerke von Eingewanderten mit Netzwerken der Mehrheitsbevölkerung verbindet und daher neue Ressourcen für Personen mit Migrationsgeschichte bereitstellt. Mitgliedschaften in **ethnischen Netzwerken** ohne Beteiligung der Mehrheitsgesellschaft (*Bonding Capital*) wirken sich hingegen negativ auf die Partizipation aus (Berger et al. 2004; Diehl und Blohm 2001). Unsere eigenen Ergebnisse zeigen, dass der Einfluss von Organisationsmitgliedschaften, egal welcher Art, für die Wahlbeteiligung vernachlässigbar ist (Mayer et al. 2021). Zum Schluss gibt es einen starken Effekt der **geographischen Wohnortverteilung** bei Bürger*innen mit Migrationsgeschichte. Sie wohnen häufiger in Stadtteilen mit hohen Anteilen an Ausländer*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Dadurch sinkt grundsätzlich bei den Wahlberechtigten die Wahlbeteiligung (Förster 2018). Da hier generell weniger Menschen zur Wahl gehen können und der Wahlvorgang eine geringere kollektive Bedeutung vor Ort hat, entwickeln sich **in solchen Lagen schwächere sogenannte situative Wahlnormen**, d.h. lokal akzeptierte Verhaltensvorschriften, dass man wählen gehen sollte (Goerres 2010). Ähnliche Effekte finden sich bei allen Bürger*innen, die in Gebieten mit höherer sozialer Deprivation leben, die mit einer geringeren lokalen Wahlbeteiligung einhergeht (Schäfer 2012).

Weiterhin gibt es die Vermutung, die bisher für Deutschland nur wenig bestätigt ist, dass politische Parteien und Kandidat*innen in manchen Gebieten mehr Wahlkampf machen, um ihre Wähler*innen zu mobilisieren (Roßteutscher und Schäfer 2016). Eine **solche asymmetrische Mobilisierung** könnte vor allem für Bürger*innen mit Migrationshintergrund nachteilig sein, wenn sie in geringerem Maße in mobilisierten Stadtteilen leben und deswegen weniger von Parteien angesprochen werden. Zumindest die Duisburger IMGES II um die Bundestagswahl

2021 zeigt aber das Gegenteil: **Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund gaben 2021 in Duisburg häufiger an, von Parteien an Wahlkampfständen, bei Wahlkampfveranstaltungen oder bei Haustürbesuchen angesprochen worden zu sein als Wahlberechtigte ohne Migrationshintergrund.** Während lediglich 3 Prozent der Menschen ohne Migrationshintergrund überhaupt kontaktiert wurden, sind es bei den Türkeistämmigen 10 Prozent. Vor dem Hintergrund der Wahlkampfaktivitäten der Bundestagsparteien, welche auf Grundlage von Medienberichten und Social Media-Inhalten gemessen wurden, scheint dies durchaus plausibel. Einige Wahlkampagnen, insbesondere der SPD und der Linken, waren stärker auf den Duisburger Norden fixiert, in dem viele Türkeistämmige leben. Darüber hinaus gab es Kleinparteien wie beispielsweise das Team Todenhöfer, die verstärkt in der türkeistämmigen Bevölkerung um Stimmen warben. In Duisburg wirkte 2021 die asymmetrische Mobilisierung eher zugunsten der Wahlbeteiligung von Wähler*innen mit Migrationsgeschichte.

Möglichkeiten und Grenzen für die Erhöhung der Wahlbeteiligung bei Menschen mit Migrationsgeschichte

Bisherige Studien zeigen, dass sich die Erklärungsmuster für die Wahlbeteiligung zwischen Wähler*innen mit und ohne Migrationsgeschichte kaum unterscheiden (Spies et al. 2020). Grundsätzlich sind alle Maßnahmen, die zu einer Erhöhung der Wahlbeteiligung führen, auch für Bürger*innen mit Migrationsgeschichte sinnvoll. Einige Erklärungsfaktoren, wie beispielsweise die formale Bildung, sind kurzfristig jedoch kaum zu ändern und werden hier daher nicht weiter verfolgt.

Es gibt einige Faktoren, deren Adressierung gerade bei Bürger*innen mit Migrationsgeschichte in Deutschland unseres Erachtens gut geeignet wären, zumindest kurzfristige Erfolge zu generieren.

Grundsätzlich sind alle Maßnahmen, die zu einer Erhöhung der Wahlbeteiligung führen, auch für Bürger*innen mit Migrationsgeschichte sinnvoll.

Dabei liegen **realistische Maximalziele** bei der Mobilisierung durch kurzfristige Einflussfaktoren, die politische Akteure bedienen können, bei etwa 3 bis 4 Prozentpunkten Zugewinn - das ist der höchste Wert, den wir in einer experimentellen Studie mit einem starken kausalen Design für Bürger*innen mit Migrationsgeschichte in einem vergleichbaren Wahlsystem gefunden haben (siehe Bergh et al. 2020). Realistisch wäre es denkbar, die Wahlbeteiligung unter Bürger*innen mit Migrationsgeschichte, beispielsweise durch eine lokale Intervention, im Schnitt um **3 bis 4 Prozentpunkte** zu erhöhen. Angewendet auf die Stadt Duisburg hätte dies bei der Bundestagswahl 2021 wie folgt ausgesehen: Nach unseren Schätzungen haben von den 63.000 Wahlberechtigten mit Migrationsgeschichte etwa 67 Prozent bei der Bundestagswahl gewählt (Goerres et al. 2022). Das entspricht 42.200 Wahlstimmen. Bei einer Erhöhung um weitere 4 Prozentpunkte auf 71 Prozent

kämen weitere 2.500 Wahlstimmen dazu. **Unter bestimmten Gruppen wie Erstwähler*innen mit Migrationsgeschichte sind noch etwas höhere Effekte zu erwarten.** Dabei gilt eine häufige Regelmäßigkeit der Forschung zu Wahlbeteiligung: Je näher die Wahlbeteiligung an 100 Prozent ist, desto geringer sind die zu erwartenden Effekte, weil 100 Prozent nun einmal die Grenze der Möglichkeiten ist. Bei einer knappen Wahl könnte eine entsprechende Menge von Wahlstimmen einen Unterschied machen, beispielsweise bei den Erststimmen. Dennoch halten wir das konsequentialistische Argument, mehr Wahlbeteiligung verändere unter Umständen das Wahlergebnis, für nicht besonders stark. Immerhin müssten alle diese zusätzlichen Wahlstimmen auch einen ähnlichen Wahlinhalt haben, um konzentriert wirken zu können.

Wie könnte man nun einen solchen Zuwachs der Wahlbeteiligung erzielen? Wir diskutieren nun einige Faktoren, die im öffentlichen Diskurs immer wieder herangezogen werden, aber sehr unterschiedlich einer empirischen Überprüfung standhalten.

Tabelle 1: Übersicht über Mobilisierungsstrategien

<p>Null-Faktoren, für deren Wirken es keine Evidenz zur Erhöhung der Wahlbeteiligung gibt</p> <p>Kandidat*innen mit dem gleichen Migrationshintergrund</p>
<p>Positiv-Faktoren</p> <p><i>Zur Erhöhung der absoluten Zahl von Wähler*innen:</i> Wahlrecht für nicht-deutsche Ausländer*innen</p> <p><i>Zur Erhöhung der absoluten Zahl von Wähler*innen:</i> Unterstützung zur Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit</p> <p>Unterstützung der Erstwähler*innen</p> <p>Politische Bildung als Ersatz für häusliche Mobilisierung</p> <p>Mobilisierung durch Organisationen, die keine Parteien sind</p>
<p>Noch zu untersuchende Faktoren</p> <p>Ansprache von Wähler*innen über ihren Migrationshintergrund unter Einsatz weiterer Sprachen und symbolischer Instrumente</p> <p>Mehr und andere Informationen zur Beantragung und Ausfüllung der Briefwahlunterlagen</p> <p>Bessere Optik der Wahlschreiben und Infobriefe</p> <p>Unterstützung zur korrekten Registrierung beim Einwohnermeldeamt und in den Wahlverzeichnissen</p>

Ein Nulleffekt: Kandidat*innen mit demselben Migrationshintergrund

Wir beginnen mit einem Faktor, von dem wir aufgrund empirischer Forschung keine Evidenz haben, dass er die Wahlbeteiligung direkt beeinflusst (dem dies aber häufig zugeschrieben wird). Aus einigen Studien aus dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten gibt es Befunde, die zeigen: Wenn jemand mit demselben Migrationshintergrund in einem Wahlkreis kandidiert, erhöht das die Wahlbeteiligung unter Wähler*innen mit demselben Hintergrund und ihre Wahrscheinlichkeit, für diese Person zu stimmen. Für Deutschland lassen sich die Ergebnisse nicht replizieren. In unseren eigenen Analysen zur **Bundestagswahl 2017 haben wir einmal für Türkeistämmige und einmal für Russlanddeutsche** geschätzt, ob das Vorhandensein von Kandidat*innen im eigenen Wahlkreis, die die gleiche Herkunft wie die Befragten haben, die Wahlbeteiligung erhöht. **Dabei fanden wir keinerlei systematischen Effekt: ob jemand mit dem eigenen Migrationshintergrund zur Wahl steht, hat keinen mobilisierenden Effekt.**

Die Politische Psychologie kennt die Ähnlichkeitsheuristik bei Wahlen (Piliavin 1987; Meng und Davidson 2020). Wähler*innen jeglichen Hintergrunds versuchen den komplexen Entscheidungsprozess einer Wahl mit vielen Informationen und Signalen abzukürzen, indem sie für die Person stimmen, bei der sie die größte Ähnlichkeit mit sich selbst sehen. Dabei ist es unterschiedlich, welche Art von Ähnlichkeit Wähler*innen heranziehen. Wir wissen, dass diese Heuristik vor allem bei Wahlen herangezogen wird, bei denen die Wähler*innen weniger informiert sind. Neben Migrationshintergrund scheinen Geschlecht, Alter und regionale Herkunft wichtige Kategorien für die Zuschreibung von Ähnlichkeit zu sein. Dass wir keinen Effekt bei Bundestagswahlen finden, könnte dann mit daran liegen, dass diese Wahl immer noch die ist, bei der Wähler*innen im Schnitt am meisten wissen und sich am befähigsten fühlen, eine Entscheidung zu treffen. Anekdotisch wissen wir von türkeistämmigen Politiker*innen des Bundestags, dass viele „ihren“ Migrationshintergrund gar nicht thematisieren oder ihn nur vorübergehend zum Politikeinstieg nutzen. Ihnen eventuell offenstehende Kommunikationsmöglichkeiten wie die Ansprache von Wähler*innen in der jeweiligen (weiteren) Herkunftssprache, beispielsweise auf Türkisch, Russisch oder Polnisch, werden jedoch nicht wahr-

genommen (dtj-online 2021). Auch das deutsche Wahlsystem (proportionales Wahlsystem) könnte diese Heuristik weniger sinnvoll werden lassen als das relative Mehrheitswahlrecht im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten. Denn im letzteren sind Personen grundsätzlich wichtiger als Parteien.

Was sehr wahrscheinlich, aber empirisch nur schwer nachzuweisen ist, ist ein positiver Effekt von mehr Kandidat*innen mit Migrationsgeschichte und mehr gewählten Mitgliedern der Parlamente mit Migrationsgeschichte auf die politische Systemunterstützung unter Wähler*innen mit Migrationsgeschichte (etwas viel Allgemeineres als die Wahlbeteiligung). Menschen, die das Gefühl haben, dass es Vertreter*innen der eigenen sozialen Gruppen bis in das Parlament schaffen können, unterstützen das politische System eher. In der Repräsentationsforschung sprechen wir von höherer deskriptiver Repräsentation durch die über Namen sichtbare Repräsentation der Mitglieder der eigenen Gruppe – häufig auch begleitet von höherer substanzieller Repräsentation über die Setzung von Migrationsthemen im Parlament (Wüst 2014). Die deskriptive Repräsentation hat positive Effekte auf den Rückhalt der Wahldemokratie in den Wähler*innengruppen mit Migrationshintergrund und über gestiegenes Selbstwertgefühl und politische Selbstwirksamkeit dann mittelbar auch einen positiven langfristigen Effekt auf die Wahlbeteiligung.

Unterstützung zur Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit und/oder Ausweitung des Wahlrechts auf Nicht-Deutsche

Die Wahlbeteiligung ist definiert als die Anzahl der Bürger*innen, die tatsächlich gewählt haben, geteilt durch die Anzahl der wahlberechtigten Bürger*innen. Wenn man die Wahlbeteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte erhöhen will, gibt es neben der Möglichkeit, die Anzahl der Wähler*innen zu steigern noch die Strategie, die **absolute Anzahl der Bürger*innen zu erhöhen** (was gegebenenfalls mit einer verkleinerten relativen Wahlbeteiligung einhergehen kann). Das kann man auf zwei verschiedene Arten tun: Zum einen durch **eine aktive Mobilisierung von Menschen mit Migrationsgeschichte, deutsche Staatsbürger*innen zu werden**. Studien aus der Schweiz zeigen dabei, dass die Einbürgerung selbst einen eigenen aktivierenden Effekt auf politisches Interesse und Wahlbeteiligung hat, auch

jenseits der Faktoren, die zuvor dazu führen, dass jemand die Staatsbürgerschaft erlangt (Hainmueller et al. 2015).

Zum anderen wäre auch eine **Ausweitung des Wahlrechts auf nicht-deutsche Staatsbürger*innen** denkbar, ähnlich wie wir es bereits bei Kommunalwahlen und Europaparlamentswahlen für Ausländer*innen aus der Europäischen Union kennen. Einzelne Kantone der Schweiz haben seit Anfang der 2000er Jahre ein Ausländerwahlrecht auf kommunaler Ebene für Mitbürger*innen, die schon lange vor Ort leben. Dabei ist davon auszugehen, dass durch ein plötzliches Einführen der Wahlberechtigung erst einmal die relative Wahlbeteiligungsquote sinken würde, da es etwas dauert, bis neue Gruppen in ihre Wahlbeteiligung „hineinwachsen“ (Franklin et al. 2004).

In Deutschland betrug der Anteil von Bürger*innen mit Migrationsgeschichte an den Erstwähler*innen der Bundestagswahl 2021 ein Drittel. Zur Erhöhung der Wahlbeteiligung ist es sehr wichtig, aus Erstwähler*innen habituelle Wähler*innen zu machen.

Explizite Mobilisierung von Erstwähler*innen mit Migrationsgeschichte

In Deutschland beträgt der Anteil von Bürger*innen mit Migrationsgeschichte an den Erstwähler*innen ein Drittel. Dieses Drittel besteht zum einen aus bei der Einbürgerung erwachsenen Bürger*innen, die dann das erste Mal bei deutschen Wahlen wahlberechtigt sind, und zum anderen aus deutschen Bürger*innen, die volljährig geworden sind. Bei der Bundestagswahl 2021 gab es insgesamt 2,8 Millionen Erstwähler*innen (siehe Bundeswahlleiter 2021). Fast eine Million, also mehr als ein Drittel, sind selbst Eingewanderte oder ihre direkten Nachkommen.⁴ Anhand dieser Zahlen zeigt sich, dass gerade unter den Erstwähler*innen in den nächsten Jahren in Deutschland ein großes neues Potenzial zur Mobilisierung von Wähler*innen mit Migrationsgeschichte besteht.

Zur Erhöhung der Wahlbeteiligung ist es sehr wichtig, aus Erstwähler*innen habituelle Wähler*innen zu machen. Dabei sind die ersten Wahlerfahrungen besonders wichtig, um Wähler*innen auf den habituellen Wahlpfad zu bringen. Wer früh zur Wahl geht, wird dies in der Regel in höherem Maße immer wieder tun. Um Erstwähler*innen zielgerichtet anzusprechen, besteht die Möglichkeit, **sie direkt zu erinnern**. Bergh et al. (2020) zeigen für norwegische Kommunalwahlen, dass relativ einfache Erinnerungsbriefe der Gemeinde für Wähler*innen mit Migrationshintergrund mobilisierende Effekte haben. Diese Effekte sind unter Erstwähler*innen besonders groß; der geschätzte Effekt betrug hier eine Steigerung der Wahlbeteiligung von 5,8 Prozentpunkten. Eine ähnliche Studie mit SMS-Nachrichten und Telefonanrufen konnte jedoch nur leichte Erhöhungen von knapp einem Prozentpunkt zeigen (Bergh und Christensen 2022). Auch im amerikanischen Kontext wurde ein kausaler Effekt von 3 Prozent auf die Wahlbeteiligung experimentell nachgewiesen (Dale und Strauss 2009).

Politische Bildung an Schulen kann die Sozialisation von Schüler*innen mit dem Ziel der politischen Beteiligung stärken. Den in der Tendenz vorhandenen Nachteilen aufgrund geringerer Aktivierung im Elternhaus kann teilweise durch politische Bildung an den Schulen begegnet werden.

Politische Bildung als Ersatz für häusliche Mobilisierungseffekte

Politische Bildung an Schulen kann die Sozialisation von Schüler*innen mit dem Ziel der politischen Beteiligung stärken. Es ist etwas unklar, welche Teilaspekte von Politischer Bildung genau wirken. Neben den Inhalten scheint die Freiheit des Klassendiskussionsklimas zentral zu sein (Torney-Purta 2002). Wichtig für zukünftige Wähler*innen mit Migrationsgeschichte ist der Befund aus sehr unterschiedlichen Epochen und Ländern, dass Politische Bildung Ungleichheiten der Elternhäuser in Bezug auf politische Mobilisierung ausgleichen kann (Neundorf et al. 2016; Neundorf und Smets 2017). In unserer Studie zu Duisburg haben wir bei Bürger*innen jeglichen Hintergrunds Fragen nach der

⁴ Es handelt sich um Deutsche mit Migrationshintergrund, die 2019 mind. 15 und maximal 19 Jahre alt waren (Eigene Schätzung aufgrund des Mikrozensus 2019, siehe DESTATIS 2019).

Hauptperson⁵ im Haushalt gestellt, als die befragte Person 16 Jahre alt war. Dabei haben wir erhoben, ob die Hauptperson die deutsche Staatsangehörigkeit hatte, ihren formalen Schulabschluss sowie ihr eingeschätztes politisches Interesse. All das sind Teilaspekte von politischer Sozialisation und Mobilisierung im jugendlichen Alter.

nun die Wahlbeteiligungswahrscheinlichkeit beeinflussen? Studien aus den USA konnten zeigen, dass zwei unterschiedliche Arten von Unterstützung unabhängig voneinander einen positiven Effekt haben: Unterstützung bei formellen Registrierungsaspekten und Erinnerung an die Wahl (LeRoux und Krawczyk 2012). Die Kanäle, über die dies erfolgen

deutschen sind das jeweils weniger als 5 Prozent, etwa halb so viele wie in der Gesamtbevölkerung.⁶ Die häufigsten nicht-politischen Aktivitäten und Mitgliedschaften bei Migrant*innen machen religiöse beziehungsweise kirchliche Gruppen (etwa 14 Prozent) sowie Sportvereine (mehr als 20 Prozent) aus. Dabei geht besonders die Aktivität in Sportvereinen auch mit einem größeren politischen Interesse einher, während sich Effekte auf die Wahlbeteiligung nicht zeigen lassen, was Befunden aus Dänemark ähnelt (Togeby 2004). Einen positiven, aber nicht besonders starken Effekt auf politisches Interesse und Wahlbeteiligung zeigte in der Studie von 2017 auch die Kontaktierung durch nicht-politische Organisationen während des Wahlkampfs. Allerdings kamen derartige Kontakte bei weniger als 5 Prozent der Befragten überhaupt vor.

Tabelle 2: Eigenschaften der politisch aktivierenden Hauptperson in der Rück Erinnerung der Befragten im Alter von 16 Jahren, Duisburg 2021

	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Türkeistämmige Deutsche	Russlanddeutsche	Deutsche mit anderem Migrationshintergrund
Deutsche Staatsangehörigkeit	96 %	27 %	60 %	49 %
Schulabschluss Hauptschule oder höher	97 %	60 %	89 %	85 %
(sehr) starkes politisches Interesse	25 %	21 %	17 %	27 %

All diese Eigenschaften bei Eltern sind positive Determinanten der späteren Wahlbeteiligung bei Kindern. Wir sehen klar, dass diese Eigenschaften bei Deutschen mit Migrationshintergrund weit aus weniger stark ausgeprägt sind, lediglich beim zugeschriebenen politischen Interesse sind die Unterschiede nicht groß. Diese Probleme verringern sich mit der Zeit von mehreren Generationen im Aufnahmeland von selbst. Im Moment ist die familiäre Aktivierung jedoch schwächer und führt im späteren Alter zu geringeren Partizipationsraten von Bürger*innen mit Migrationsgeschichte. Diesen familiär eingebetteten Nachteilen kann jedoch, zumindest teilweise, durch politische Bildung in den Schulen begegnet werden.

Mobilisierung durch Organisationen, die keine Parteien sind

Nicht-parteiliche Organisationen, wie religiöse, kulturelle oder soziale, können die Wahlbeteiligung von Bürger*innen mit Migrationshintergrund erhöhen. Wie können nicht-politische Organisationen

kann, sind vielfältig: bei religiösen und sozialen Treffen, in der eigenen Nachbarschaft, über die Ausgabe von mehrsprachigem Infomaterial sowie über Information in sozialen und traditionellen Medien (Michelson et al. 2007). Die Erfolgsquoten verschiedener Kanäle unterscheiden sich dabei je nach Minderheitengruppe. Zusätzlich hat die Personalisierung der Kontakte noch einen Effekt: Je persönlicher die Kontakte sind, also je näher einem die Personen sind, desto eher können die Organisationen mobilisieren.

In der *IMGES I* zur Bundestagswahl 2017 wurde die Aktivität der Befragten in explizit politischen Organisationen wie Parteien und Gewerkschaften sowie in anderen Zusammenhängen wie Sportvereinen, religiösen Gruppen und kulturellen Vereinigungen erfasst. Zwar geht beides mit einem deutlich höheren politischen Interesse einher, eine höhere Wahlbeteiligung zeigt sich jedoch nur bei denjenigen, die in Gewerkschaften oder Parteien aktiv sind. Unter Türkeistämmigen und Russland-

⁵ Die Zielpersonen wurden zufällig nur nach Mutter oder Vater gefragt und bei Fehlen dieser Person dann nach Ersatzpersonen.

⁶ Dies geht auf einen Vergleich von Ergebnissen der *IMGES I* und der German Longitudinal Election Study (GLES) zurück, deren Erhebungen 2017 aufeinander abgestimmt wurden.

Potenziale für zukünftige Forschung

Die folgenden Vorschläge sind unseres Wissens nach noch nicht in einem deutschen oder vergleichbaren institutionellen Kontext getestet worden.

Ansprache von Wähler*innen über ihren Migrationshintergrund unter Einsatz weiterer Sprachen und symbolischer Instrumente

Wir wissen zurzeit nicht, ob Wähler*innen mit Migrationsgeschichte grundsätzlich positiv auf die Ansprache als Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte reagieren.

Wählen ist vermutlich in der Wahrnehmung vieler die „deutsche“ Handlung, die mit der deutschen Staatsangehörigkeit verbunden ist.

In unserer eigenen Forschung haben wir beim Austesten von Anschreiben gelernt, dass Teilnehmer*innen an einer Wahlstudie oftmals nicht ihren weiteren kulturellen Hintergrund nach vorn gestellt sehen wollen. Wählen ist vermutlich in der Wahrnehmung vieler die „deutsche“ Handlung, die mit der deutschen Staatsangehörigkeit verbunden ist. Die Verwendung einer anderen Sprache könnte über zwei unterschiedliche Logiken eine positive Wirkung entfalten: Erstens ermöglicht sie eine einfachere Kommunikation, weil Wähler*innen mit schlechten Sprachkenntnissen so besser über die Wahl in Deutschland informiert werden können. Dabei ist jedoch eine Unbekannte, wie groß der Anteil derer ist, die wahlberechtigte deutsche Staatsbürger*innen oder EU-Ausländer*innen sind und nicht ausreichend Deutsch verstehen. 2021 lag in Duisburg der Anteil der Personen, die nach Interviewereinschätzung schlecht Deutsch sprachen, bei etwa 1,5 % unter allen mit Migrationshintergrund. Zweitens hat die Nutzung einer anderen Sprache symbolische Bedeutung, weil sich Mitglieder der gleichen Einwanderungsgruppe in ihrer Herkunft anerkannt fühlen könnten.

Weiterhin scheint es fraglich, ob es für Parteien gerade auf der konservativen Seite des Spektrums

strategisch überhaupt sinnvoll ist, Wähler*innen über eine andere Sprache anzusprechen. Parteien haben einen strategischen Anreiz, die Anzahl der Wahlstimmen für sich zu maximieren. Deshalb kann eine Mobilisierung weiterer Wähler*innen mit Migrationshintergrund beispielsweise durch Adressieren in einer weiteren Sprache wiederum andere Wähler*innen potenziell abschrecken. Wahrscheinlich ist hier, dass die Ansprache über spezifische Herkunftssprachen nur kleine Untergruppen zur Wahl mobilisieren würde.

Wie man eine solche Info-Kampagne ansprechend gestalten kann, sieht man bei der Bundeszentrale für politische Bildung. Sie hatte bei der Bundestagswahl 2021 zweisprachige Broschüren auf Deutsch-Türkisch, Deutsch-Arabisch und Deutsch-Russisch zur Verfügung gestellt und eine Webseite unter dem Link www.duhastdiewahl.de eingerichtet. Das systematische Testen des Effekts solcher Informationsmaterialien auf Zielgruppen würde Klarheit schaffen. In einer explorativen Recherche in 16 deutschen Städten zur Bundestagswahl 2021 (jeweils die größte Stadt eines Bundeslandes) haben wir keine einzige gefunden, auf deren offiziellen Internetseiten Informationen zur Wahl in einer anderen Sprache als Deutsch aufzufinden waren. Auch eine Übersetzung weiterer Instrumente wie des populären Wahl-O-Mats, die in der Vergangenheit bereits erfolgt ist, kann über die symbolische Wirkung und über den sprachlich leichteren Zugang positive Signale senden; aber auch hierzu fehlt bisher noch die systematische Untersuchung.

Mehr und andere Informationen zur Beantragung und Ausfüllung der Briefwahlunterlagen

Die Briefwahl wird in Deutschland seit Jahren immer populärer. Schon bei der Bundestagswahl 2017 haben 29 Prozent der Wähler*innen die Briefwahl genutzt. 2021 waren es bereits aufgrund der Corona-Pandemie 47 Prozent (Bundeswahlleiter 2022).

Unsere Studie zur Bundestagswahl in Duisburg (Goerres et al. 2022) weist nach, dass die Briefwahl unter Wähler*innen mit Einwanderungsgeschichte deutlich geringer verbreitet ist. Nur 25 Prozent der türkeistämmigen Deutschen, 35 Prozent der Russlanddeutschen und 39 Prozent der Deutschen mit einem anderen Migrationshintergrund in Duisburg nutzten die Briefwahl, vergli-

chen mit 50 Prozent der Deutschen ohne Migrationsgeschichte. Diese Unterschiede sind für die Wahlbeteiligung wichtig. Die Briefwahl ist weniger anfällig für kurzfristigen Faktoren wie Erkrankung, Vergessen oder Ablenkung. Deswegen ist es vorstellbar, dass eine Popularisierung der Briefwahl unter Wähler*innen mit Migrationsgeschichte eine höhere Wahlbeteiligung und insbesondere eine Wahlbeteiligung hervorruft, die weniger anfällig für kurzfristige Störfaktoren ist.

Es ist vorstellbar, dass eine Popularisierung der Briefwahl unter Wähler*innen mit Migrationsgeschichte eine höhere Wahlbeteiligung und insbesondere eine Wahlbeteiligung hervorruft, die weniger anfällig für kurzfristige Störfaktoren ist.

Weiterhin zeigt unsere Studie, dass das Geben und Annehmen von Hilfe bei der Bestellung und dem Ausfüllen der Briefwahlunterlagen bei Wähler*innen mit Migrationshintergrund überproportional verbreitet ist. Dagegen ist nichts einzuwenden, **es deutet aber auf mögliche Probleme beim administrativen Zugang zur Briefwahl hin, die durch bessere Informationen abgemildert werden könnten**. So haben von 100 Briefwähler*innen unter den Türkeistämmigen 11 Hilfe bei der Bestellung von Briefwahlunterlagen und 13 beim Ausfüllen bekommen. Bei Russlanddeutschen und Wähler*innen mit einem anderen Hintergrund stehen die Zahlen bei 24 und 14 beziehungsweise bei 7 und 3. Unter Deutschen ohne Migrationshintergrund lagen die Vergleichszahlen bei 6 und 2. Somit scheint es hier ein strukturelles Problem zu geben. Unsere Daten zeigen auch, dass die Inanspruchnahme von Hilfe bei der Wahl vermehrt bei Wahlberechtigten mit geringerer formaler Bildung auftritt, während Deutschkenntnisse keinen Einfluss haben.

Ansprechendere Wahlanschreiben und Infobriefe

Die Wahlbenachrichtigung ist ein offizielles Dokument, bei dem Kommunen normalerweise wenig Wert darauf legen, wie das Erscheinungsbild bei den Empfänger*innen ankommt. Es ist zu erwarten, dass Empfänger*innen auf das Layout der Wahlbenachrichtigung reagieren. Dazu gibt es viele Hinweise aus der Survey-Forschung (Menold 2016): klares und einfaches Layout, Hervorhebung des Themas wie „Wahl zum Bundestag 2021“ und

das Logo der Kommune. Möglicherweise reagieren Wähler*innen mit Migrationshintergrund anders auf behördlich aussehende Briefe als andere Wähler*innen und bewerten diese negativer, oder sie delegieren die Bearbeitung an jemanden, der dem Thema eine geringe Priorität zumisst.

Wähler*innen mit Migrationshintergrund könnten möglicherweise anders auf behördlich aussehende Briefe reagieren als andere Wähler*innen und diese negativer bewerten oder die Bearbeitung an jemand anderes delegieren, der dem Thema eine geringe Priorität zumisst.

Unterstützung zur korrekten Registrierung beim Einwohnermeldeamt und in den Wahlverzeichnissen

Wahlberechtigte Personen zur Wahlteilnahme aufzufordern und ihnen diese zu ermöglichen, ist nur bei einer korrekten Registrierung möglich. Das funktioniert nur, wenn Personen korrekt im Einwohnermelderegister, auf dessen Grundlage das Wählerverzeichnis erstellt wird, erfasst sind. Bei der Erhebung der *IMGES II* wurden etwa 20.000 zufällig aus dem Einwohnermelderegister der Stadt Duisburg ausgewählte wahlberechtigte Personen postalisch und zum Teil persönlich kontaktiert. Dabei zeigten sich zwar insgesamt geringe, zwischen den untersuchten Herkunftsgruppen aber zum Teil erhebliche Unterschiede in der Richtigkeit der Adressdaten. Während es bei Personen ohne Migrationshintergrund (0,04 Prozent) und bei Türkeistämmigen (0,87 Prozent) die wenigsten falsch registrierten Adressen gab, waren es bei Russlanddeutschen 1,34 Prozent. In der Gruppe mit jedem anderen Migrationshintergrund waren sogar 1,56 Prozent der Adressen fehlerhaft (vorläufige Ergebnisse).

In Duisburg waren nach vorläufigen Schätzungen 2021 bei Deutschen ohne Migrationshintergrund nur 0,04 Prozent der Adressen im Einwohnermeldeamt fehlerhaft – in Vergleich zu 0,87 Prozent bei Türkeistämmigen, 1,34 Prozent bei Russlanddeutschen und 1,56 Prozent der Deutschen mit einem anderen Migrationshintergrund.

Wenngleich diese Zahlen aufgrund der COVID-19 Pandemie verzerrt sein und zwischen Meldeämtern variieren können, sind sie ein Hinweis darauf, dass ein messbarer Teil der Bevölkerung, vor allem mit Migrationshintergrund, nicht korrekt registriert ist und daher nicht die Voraussetzung erfüllt, Wahlbenachrichtigungen zu erhalten.

Denkbar wäre hier eine zusätzliche Prüfung der Einwohnermelderegister sowie die Unterstützung von Bürger*innen bei der korrekten Registrierung in den Registern. Beispielsweise könnte man mit Gemeinden zusammenarbeiten, um zu schauen, ob unter den Vornamen-Nachnamen-Kombinationen der Adressat*innen von zurückgekommenen Wahlbenachrichtigungen mehr Menschen mit, dem Namen nach, klassifiziertem Migrationshintergrund sind. Weiterhin könnten alle Wähler*innen durch eine Info-Kampagne darüber aufgeklärt werden, dass sie, wenn sie sechs Wochen vor Wahl noch keine Wahlbenachrichtigung erhalten haben, sich aktiv melden müssen, um den Eintrag im Wahlverzeichnis zu prüfen.

Literaturverzeichnis

Berger, Maria; Galonska, Christian; Koopmans, Ruud (2004): Political integration by a detour? Ethnic communities and social capital of migrants in Berlin. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 30 (3), S. 491–507. DOI: 10.1080/13691830410001682052.

Bergh, Johannes; Christensen, Dag Arne (2022): Getting out the vote in different electoral contexts: the effect of impersonal voter mobilization techniques in middle and high salience Norwegian elections. In: *Journal of Elections, Public Opinion & Parties*, S. 1–17. DOI: 10.1080/17457289.2022.2051149.

Bergh, Johannes; Christensen, Dag Arne; Matland, Richard E. (2020): Inviting immigrants in: Field experiments in voter mobilization among immigrants in Norway. In: *Electoral Studies* 66, S. 102160. DOI: 10.1016/j.electstud.2020.102160.

Bevelander, P. (2015): Voting participation of immigrants in Sweden. A cohort analysis of the 2002, 2006 and 2010 elections. In: *Journal of International Migration and Integration* 16 (1), S. 61–80. DOI: 10.1007/s12134-014-0332-x.

Blais, André; Achen, Christopher H. (2018): Civic duty and voter turnout. In: *Political Behavior* 41, S. 473–497. DOI: 10.1007/s11109-018-9459-3.

Blank, Rebecca M.; Dabady, Marilyn; Citro, Constance Forbes (Hg.) (2004): Measuring racial discrimination. National Research Council. Washington, DC: National Acad. Press. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.17226/10887>.

Blohm, Michael; Diehl, Claudia (2001): Wenn Migranten Migranten befragen. Zum Teilnahmeverhalten von Einwanderern bei Bevölkerungsbefragungen. In: *Zeitschrift für Soziologie* 30 (3), S. 223–242. Online verfügbar unter <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-268100>.

Brady, Henry E.; Verba, Sidney; Schlozman, Kay Lehman (1995): Beyond SES. A resource model of political participation. In: *American Political Science Review* 89 (02), S. 271–294. DOI: 10.2307/2082425.

Brehm, John; Rahn, Wendy (1997): Individual-level evidence for the causes and consequences of social capital. In: *American Journal of Political Science* 41 (3), S. 999–1023. DOI: 10.2307/2111684.

Bundeswahlleiter (2021): Bundestagswahl 2021: 60,4 Millionen Wahlberechtigte. Nr. 01/21. Wiesbaden. Online verfügbar unter https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2021/01_21_wahlberechtigte-geschaetzt.html, zuletzt geprüft am 22.06.2022.

Bundeswahlleiter (2022): Anteil der Briefwählenden bei den Bundestagswahlen 1994 bis 2021 nach Ländern. Online verfügbar unter https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/46dbdeee-744b-4142-874c-f57501caf2ed/btw_1994bis2021_briefwahl.pdf, zuletzt geprüft am 22.06.2022.

Burden, Barry C. (2009): The dynamic effects of education on voter turnout. In: *Electoral Studies* 28 (4), S. 540–549.

Campbell, Angus; Converse, Philip E.; Miller, Warren E.; Stokes, Donald (1960): The american voter. New York/London: John Wiley & Sons.

Cho, Wendy K. Tam (1999): Naturalization, socialization, participation. immigrants and (non-)voting. In: *Journal of Politics* 61 (4), S. 1140–1155.

Claassen, Ryan L.; Povtak, Andrew (2010): The Christian Right Thesis: Explaining Longitudinal Change in Participation among Evangelical Christians. In: *The Journal of Politics* 72 (1), S. 2–15. DOI: 10.1017/S0022381609990430.

Dale, Allison; Strauss, Aaron (2009): Don't forget to vote. Text message reminders as a mobilization tool. In: *American Journal of Political Science* 53 (4), S. 787–804. DOI: 10.1111/j.1540-5907.2009.00401.x.

DESTATIS (2019): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund: Ergebnisse des Mikrozensus 2019. Wiesbaden.

Diehl, Claudia; Blohm, Michael (2001): Apathy, adaptation or ethnic mobilisation? On the attitudes of a politically excluded group. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 27 (3), S. 401–420. DOI: 10.1080/136918301200266149.

Dinas, Elias (2012): The formation of voting habits. In: *Journal of Elections, Public Opinion & Parties* 4 (22), S. 431–456. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1080/17457289.2012.718280> [Titel anhand dieser DOI in Citavi-Projekt übernehmen].

dtj-online (2021): Warum deutsch-türkische Abgeordnete im Bundestag keine „Alibi-Türken“ sind. In: *DTJ Online - Nachrichten*, 30.09.2021. Online verfügbar unter <https://dtj-online.de/bundestag-wahl-abgeordnete-deutsch-tuerken/>, zuletzt geprüft am 22.06.2022.

Förster, André (2018): Ethnic heterogeneity and electoral turnout: Evidence from linking neighbourhood data with individual voter data. In: *Electoral Studies* 53, S. 57–65. DOI: 10.1016/j.electstud.2018.03.002.

Franklin, Mark N.; Lyons, Patrick; Marsh, Michael (2004): Generational basis of turnout decline in established democracies. In: *Acta Politica* 39 (2), S. 115–151. DOI: 10.1057/palgrave.ap.5500060.

Gerber, Alan S.; Green, Donald P.; Shachar, Ron (2003): Voting may be habit-forming. Evidence from a randomized field experiment. In: *American Journal of Political Science* 47 (3), S. 540–550. DOI: 10.1111/1540-5907.00038.

Gerber, Alan S.; Rogers, Todd (2009): Descriptive social norms and motivation to vote. Everybody's voting and so should you. In: *Journal of Politics* 71 (1), S. 178–191. DOI: 10.1017/S0022381608090117.

Goerres, Achim (2007): Why are Older People More Likely to Vote? The Impact of Ageing on Electoral Turnout in Europe. In: *The British Journal of Politics and International Relations* 9 (1), S. 90–121. DOI: 10.1111/j.1467-856x.2006.00243.x.

Goerres, Achim (2010): Die soziale Norm der Wahlbeteiligung. In: *Politische Vierteljahresschrift* 51 (2), S. 275–296. DOI: 10.1007/s11615-010-0018-8.

Goerres, Achim; Mayer, Sabrina J.; Spies, Dennis C.; Elis, Jonas (2022): Wählerinnen und Wähler mit Einwanderungsgeschichte im Bundestagswahlkampf. Erste Ergebnisse der Immigrant German Election Study II (IMGES II) aus Duisburg von Mai bis November 2021. Hg. v. Universitäten Duisburg-Essen und Bamberg / SocArXive. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.31235/osf.io/j72pb>.

Goerres, Achim; Spies, Dennis C.; Mayer, Sabrina J. (2018): Deutsche mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2017: Erste Auswertungen der Immigrant German Election Study zu Deutsch-Türken und Russlanddeutschen. Workingpaper 1. Duisburg-Essen.

González-Ferrer, Amparo (2011): The electoral participation of naturalized immigrants in ten European cities. In: Laura Morales und Marco Giugni (Hg.): *Social capital, political participation and migration in Europe. Making multicultural democracy work?* London: Palgrave Macmillan UK, S. 63–86. Online verfügbar unter https://doi.org/10.1057/9780230302464_4.

Hainmueller, Jens; Hangartner, Dominik; Pietrantuono, Giuseppe (2015): Naturalization fosters the long-term political integration of immigrants. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* 112 (41), S. 12651–12656. DOI: 10.1073/pnas.1418794112.

Heath, Anthony F.; Fisher, Stephen D.; Rosenblatt, Gemma; Sanders, David; Sobolewska, Maria (2013): *The political integration of ethnic minorities in Britain*. 1. ed. Oxford: Oxford University Press.

Jacobs, Dirk; Tillie, Jean (2004): Introduction. social capital and political integration of migrants. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 30 (3), S. 419–427. DOI: 10.1080/13691830410001682016.

Johann, David; Mayer, Sabrina J.; Thomas, Kathrin (2020): Too Immature to Have a Sense of Duty? Civic Duty in Youths Aged 16 and 17. In: *German Politics* 46 (2), S. 1–21. DOI: 10.1080/09644008.2020.1741549.

Just, A.; Anderson, C. J. (2013): Opinion Climates and Immigrant Political Action. A Cross-National Study of 25 European Democracies. In: *Comparative Political Studies* 47 (7), S. 935–965. DOI: 10.1177/0010414013488555.

Leal, David L.; Nuño, Stephen A.; Lee, Jongho; La Garza, Rodolfo O. de (2008): Latinos, Immigration, and the 2006 Midterm Elections. In: *APSC* 41 (02), S. 309–317. DOI: 10.1017/S1049096508080499.

LeRoux, Kelly; Krawczyk, Kelly (2012): Can nonprofit organizations increase voter turnout? Findings from an agency-based voter mobilization experiment. In: *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly* 43 (2), S. 272–292. DOI: 10.1177/0899764012459909.

Mayer, Sabrina J.; Goerres, Achim; Spies, Dennis C. (2021): Die Wahlbeteiligung der Deutschen mit Migrationshintergrund. Befunde der Immigrant German Election Study (IMGES). In: Bernhard Weißels und Harald Schoen (Hg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017*. Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 81–97.

Meng, Matthew D.; Davidson, Alexander (2020): A vote of competence. How a similar upbringing to political candidates influences voting choice. In: *Journal of Public Policy & Marketing* 39 (4), S. 396–411. DOI: 10.1177/0743915620943181.

Menold, Natalja (2016): *Postal Surveys (2.0). GESIS Survey Guidelines*. Hg. v. Gesis - Leibniz-INstitut für Sozialwissenschaften. Online verfügbar unter https://doi.org/10.15465/gesis-sg_en_018.

Michelson, Melissa R.; García Bedolla, Lisa; Green, Donald P. (2007): *New experiments in minority voter mobilization. A report on the California votes initiative*. James Irvine Foundation.

Neundorf, Anja; Niemi, Richard G.; Smets, Kaat (2016): The Compensation Effect of Civic Education on Political engagement. How civics classes make up for missing parental socialization. In: *Political Behavior* 38 (4), S. 921–949. DOI: 10.1007/s11109-016-9341-0.

Neundorf, Anja; Smets, Kaat (2017): Political socialization and the making of citizens. In: *Oxford Handbooks Online*. DOI: 10.1093/oxfordhb/9780199935307.013.98.

Piliavin, Jane Allyn (1987): Age, race, and sex similarity to candidates and voting preference. In: *Journal of Applied Social Psychology* 17 (4), S. 351–368. DOI: 10.1111/j.1559-1816.1987.tb00318.x.

Rosenstone, Steven J.; Hansen, John M. (1993): mobilization, participation and democracy in America. New York, NJ: MacMillan.

Roßteutscher, Sigrid; Schäfer, Armin (2016): Asymmetrische Mobilisierung: Wahlkampf und ungleiche Wahlbeteiligung. In: *Polit Vierteljahresschr* 57 (3), S. 455–483. DOI: 10.5771/0032-3470-2016-3-455.

Sanchez, Gabriel R. (2006): The role of group consciousness in political participation among Latinos in the United States. In: *American Politics Research* 34 (4), S. 427–450. DOI: 10.1177/1532673X05284417.

Sanders, David; Heath, Anthony; Fisher, Stephen; Sobolewska, Maria (2014): The calculus of ethnic minority voting in Britain. In: *Political Studies* 62 (2), S. 230–251. DOI: 10.1111/1467-9248.12040.

Schäfer, Armin (2012): Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten. In: *Politische Vierteljahresschrift* 53 (2), S. 240–264.

Shaw, Daron; La Garza, Rodolfo O. de; Lee, Jongho (2000): Examining Latino Turnout in 1996. A Three-State, Validated Survey Approach. In: *American Journal of Political Science* 44 (2), S. 338–346. DOI: 10.2307/2669315.

Simon, Bernd; Reichert, Frank; Grabow, Olga (2013): When Dual Identity Becomes a Liability. Identity and Political Radicalism Among Migrants. In: *Psychological Science* 24 (3), S. 251–257. DOI: 10.1177/0956797612450889.

Smets, Kaat; van Ham, Carolien (2013): The embarrassment of riches? A meta-analysis of individual-level research on voter turnout. In: *Electoral Studies* 32 (2), S. 344–359. DOI: 10.1016/j.electstud.2012.12.006.

Solt, Frederick (2008): Economic Inequality and Democratic Political Engagement. In: *American Journal of Political Science* 52 (1), S. 48–60. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/25193796>.

Spies, Dennis C.; Mayer, Sabrina J.; Goerres, Achim (2020): What are we missing? Explaining immigrant-origin voter turnout with standard and immigrant-specific theories. In: *Electoral Studies* 65. DOI: 10.1016/j.electstud.2019.102103.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (01.10.2021): Bundestagswahl 2021: Jede dritte Person mit Migrationshintergrund war wahlberechtigt. Nr. 463. Wiesbaden. Online verfügbar unter https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/10/PD21_463_125.html.

Stoker, Laura; Jennings, M. Kent (1995): Life-cycle transitions and political participation: The case of marriage. In: *Am Polit Sci Rev* 89 (02), S. 421–433. DOI: 10.2307/2082435.

Stokes, Atiya Kai (2003): Latino group consciousness and political participation. In: *American Politics Research* 31 (4), S. 361–378. DOI: 10.1177/1532673X03031004002.

Togeby, Lise (2004): It depends... how organisational participation affects political participation and social trust among second-generation immigrants in Denmark. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 30 (3), S. 509–528. DOI: 10.1080/13691830410001682061.

Torney-Purta, Judith (2002): The school's role in developing civic engagement. A study of adoles-

sents in twenty-eight countries. In: *Applied Developmental Science* 6 (4), S. 203–212. DOI: 10.1207/S1532480XADS0604_7.

Verba, Sidney; Nie, Norman (1972): Participation in America. Political democracy and social equality. New York: Harper and Row.

Verba, Sidney; Nie, Norman H.; Kim, Jae-On (1978): Participation and political equality. A seven-nation comparison. Cambridge [u.a.]: Cambridge University Press.

Verba, Sidney; Schlozman, Kay Lehman; Brady, Henry E. (1995): Voice and equality. Civic voluntarism in American politics. Cambridge, Mass. [u.a.]: Harvard University Press.

Vermeulen, Floris; Berger, Maria (2008): Civic Networks and Political Behavior: Turks in Amsterdam and Berlin. In: S. Karthick Ramakrishnan und Irene Bloemraad (Hg.): Civic hopes and political realities. Immigrants, community organizations, and political engagement. New York: Russell Sage Foundation, S. 160–192.

Wüst, Andreas M. (2004): Naturalised citizens as voters. Behaviour and impact. In: *German Politics* 13 (2), S. 341–359. DOI: 10.1080/0964400042000229972.

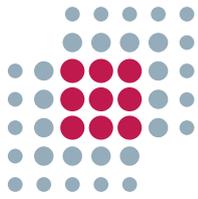
Wüst, Andreas M. (2014): A lasting impact? On the legislative activities of immigrant-origin parliamentarians in Germany. In: *The Journal of Legislative Studies* 20 (4), S. 495–515. DOI: 10.1080/13572334.2014.907601.

Autor*innen

Achim Goerres, Professor für Empirische Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen, Institut für Politikwissenschaft und Interdisziplinäres Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung

Sabrina J. Mayer, Professorin für Politische Soziologie an der Universität Bamberg und Leiterin des Forschungsdatenzentrums am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung Berlin

Jonas Elis, Projektmanager der DFG-geförderten Immigrant German Election Study II an der Universität Duisburg-Essen, Institut für Politikwissenschaft und Interdisziplinäres Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung



**Stiftung Zentrum
für Türkeistudien und
Integrationsforschung**

Türkiye ve Uyum
Araştırmaları
Merkezi Vakfı

Institut an der
Universität Duisburg-Essen

Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung

Altendorfer Str. 3
45127 Essen
www.zfti.de